

Christian Jansen
Marianne Zepp

Kann es **demokratischen** **Nationalismus** geben ?

Über den Zusammenhang zwischen Nationalismus, Zugehörigkeit und Gleichheit in Europa von 1789 bis heute



Christian Jansen
Marianne Zepp (Hg.)

Kann es demokratischen Nationalismus geben?

Christian Jansen
Marianne Zepp (Hg.)

Kann es demokratischen Nationalismus geben?

Über den Zusammenhang zwischen
Nationalismus, Zugehörigkeit und
Gleichheit in Europa von 1789 bis heute

Der Band geht zurück auf eine Tagung „Kann es ‚linken‘ Nationalismus geben? Eine historische Annäherung an den Zusammenhang zwischen Demokratie und Nationalismus“, die am 2.–4.3.2016 in der Katholischen Akademie Schwerte stattfand (Tagungsbericht: H-Soz-Kult 14.05.2016 <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6521>). An der Vorbereitung waren außer den beiden Herausgeber*innen dieses Bandes Pina Bock (Leipzig) und Stefanie Schüler-Springorum (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin) beteiligt.

Dank gebührt der Heinrich-Böll-Stiftung für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung sowohl der Tagung wie auch des vorliegenden Bandes. Außerdem danken die Herausgeber/in Mira Wagner und Pia Breit (Trier) für engagierte Hilfe bei der Vereinheitlichung und Korrektur der Beiträge sowie Lea Eggers (wbg) für die vorzügliche Zusammenarbeit bei der Drucklegung!

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

wbg Academic ist ein Imprint der wbg
© 2021 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.
Umschlagsabbildung: wikimedia (c) Allonsenfants
Satz und eBook: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-40501-5

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:
eBook (PDF): 978-3-534-40503-9
eBook (epub): 978-3-534-40502-2

Inhaltsverzeichnis

Marianne Zepp/Christian Jansen: Einleitung 7

I. Nationalismus und Demokratie: Typologie und Grenzen der Inklusion

Christian Jansen: Demokratie und Nationalismus:
Die deutsche und die französische Konstellation bis 1914 22

Gabriele Kämper: Versprechen und falsche Freunde.
Frauen im Imaginierten von Demokratie und Nation 54

Gideon Botsch: Der rekonstruktive Nationalismus und die Demokratie.
Zur Typologie des Nationalismus im 21. Jahrhundert 87

II. Demokratische Nationsbildungen und ihre Begründungen

Siegfried Weichlein: SPD und Nationalismus in der Weimarer Republik 118

Marianne Zepp: Die Neuerfindung der Nation.
Westdeutscher Staatsaufbau nach 1945 153

Jan Palmowski: Arisen from Ruins: Socialist Nationalism in the GDR 187

Matthias Waechter: Frankreichs republikanischer Nationalismus
und die Kolonisierung. Widersprüche und Konflikte 221

Thomas Etzemüller: Nationalismus, Demokratie und Exklusion
im schwedischen Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts 243

Daniel Mahla: Jüdisch und demokratisch?
Der Zionismus und die israelische Staatsbildung 276

Thorsten Mense: Nationalismus als Ideologie ethnischer Identifikation.
Peripherer Nationalismus und Nationale Befreiungsbewegungen in Spanien 304

III. Ausblick

Die Zukunft der Nation. Ein Gespräch mit Dieter Langewiesche 344

Autor*innenverzeichnis 352

Einleitung

Marianne Zepp/Christian Jansen

„Solange es keine Möglichkeit gibt, praktische Prinzipien von Rechtsstaat und Demokratie auf einer höheren als der nationalen Ebene umzusetzen, bleibt die Nation die politisch relevante Bezugsgröße.“¹ Damit erklärte der Politologe Francis Fukuyama den unmittelbaren Zusammenhang von demokratischer Ordnung und Nationalstaat. Dass dieser Zusammenhang nicht voraussetzungslos ist, zeigt sich an den pejorativen Aufladungen, die den Begriff in der öffentlichen Diskussion begleiten.

Hannah Arendt identifizierte die Französische Revolution als den Ursprung des Nationalstaates, der deren „einzige unbezweifelbare Errungenschaft“ sei.² Legt man Arendts emphatische Definition von Demokratie zugrunde, nämlich die „aktive Mitbestimmung öffentlicher Angelegenheiten“ durch das Volk als Souverän, so zeigt die Entwicklung im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, dass im Laufe der Nationalstaatsbildung nicht Demokratie, sondern eher Gewaltherrschaft, autoritäre Systeme und Kriege³ die Regel waren.

Die Bindung des Nationalstaats an ein Territorium besagte und besagt bis heute, dass die Zugehörigkeit auf eine bestimmte, meist ethnisch definierte Gruppe von Menschen begrenzt ist. Wiederum nach Arendt ist der moderne Nationalstaat dann vollendet, wenn die staatlichen Institutionen, das Rechts- und Verwaltungswesen wie die Verfassung durch die Nation übernommen und durch die Nation repräsentiert werden. Die ältere Nationalismusforschung sah sie noch als eine „quasi-natürliche Einheit in der europäischen Geschichte“ (H.-U. Wehler) an und leitete daraus den Anspruch auf eine Staatsgründung ab.⁴ Nach den Erfahrungen von Diktatur

¹ Francis Fukuyama im Interview. Süddeutsche Zeitung v. 15. März 2019.

² Hannah Arendt, Nationalstaat und Demokratie (1963) <http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/94/154>.

³ So zum Zusammenhang von Krieg und Nationenbildung: Langewiesche, Lehrer.

⁴ Wehler, Nationalismus, S. 9f.

und rassistischen Klassifizierungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen im 20. Jahrhundert muss der Gedanke der Vereinbarkeit zwischen der auf Gleichheit fußenden Demokratie und Nationalismus, der auf Exklusion, also Ungleichheit basiert, jedoch fragwürdig erscheinen. Daher setzte sich ein pejorativer Nationalismusbegriff in der öffentlichen Wahrnehmung der meisten demokratischen Staaten durch. Nationalismus wurde meist gleichgesetzt mit Aggression nach außen, Abwehr des Fremden, Überlegenheitsgefühlen und einer rassistisch grundierten Definition von Zugehörigkeit. Noch angesichts der kriegerischen Konflikte auf dem Balkan im Zuge antagonistischer Nationsbildungen schrieb der britische Historiker Eric Hobsbawm: „Ein ethnisch und/oder sprachlich begründeter Nationalismus, der für jede `Nation` einen eigenen souveränen Staat anstrebt, ist als allgemeines Programm nicht praktikabel, ist für die politischen und selbst für die ethnischen und sprachlichen Probleme am Ausgang des 20. Jahrhunderts irrelevant und hat mit hoher Wahrscheinlichkeit schlimme Folgen, wenn tatsächlich der Versuch unternommen wird, ihn in die Praxis umzusetzen.“⁵

Aus der analytischen Perspektive der internationalen Forschung hingegen sind „Nation“ und „Nationalismus“ ein Konglomerat politischer Ideen und ein inzwischen weltumspannendes politisches Legitimationsmuster, das sich im 19. Jahrhundert herausbildete und seit der Jahrtausendwende wieder an Einfluss gewinnt.⁶ Ideologische Komponenten wie Homogenitätsbehauptungen, Konstruktion ethnischer Kontinuitäten von der Antike bis in die Gegenwart, Stolz auf die eigene Geschichte und Erfolge der eigenen Nation, verbindende Symboliken und staatliche Repräsentation⁷ garantieren nach wie vor, und verstärkt in Krisen, die Wirksamkeit des Konzepts. Das der Idee des Nationalismus inhärente Versprechen von demokratischer Volkssouveränität trat realgeschichtlich hingegen oft in den Hintergrund.

Ähnlich wie der Nationalismus geriet die liberale Demokratie westlicher Prägung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in eine Krise. Mit den sozialen Bewegungen, die anstelle des Glaubens an Regulierungsfähigkeit und dem Ideal gesellschaftlicher Planbarkeit eine neue Selbstermächtigung „von unten“ forderten und, teilweise, umsetzten, setzte aber eine neue Demokratisierungswelle ein.⁸ Gleichzei-

⁵ Hobsbawm, *Nationen*, S. 8.

⁶ Jansen, *Borggräfe, Nation*, S. 9.

⁷ Jansen, *Borggräfe, Nation*, S. 21.

⁸ Müller, *Zeitalter*, S. 343–347.

tig wuchs die Hoffnung, durch supranationale Institutionen Demokratie und Menschenrechte universell durchsetzen zu können.

Mit dem fundamentalen Einschnitt, den 1989/90 der Zusammenbruch des Staatssozialismus in der Sowjetunion und ihrem Einflussbereich bewirkte, gewann der Nationalstaatsgedanke in diesen früher sozialistischen Gesellschaften große Attraktivität. Er war zwar überwiegend mit der Erwartung an die liberale Demokratie als Staatsform der Zukunft verbunden, folgte aber, darauf weist *Mense* in seinem Beitrag in diesem Buch hin, denselben Prinzipien kollektiver Identitätsbildung wie ältere Nationalismen. Er barg somit dieselben Gefahren autoritärer Übernahme und kriegerischer Eskalationen, wie die Balkankriege der 90er Jahre auf eine in Europa nicht mehr für möglich gehaltenen Weise bewiesen haben. Allerdings wendet sich *Thomas Etzemüller* in seinem Beitrag über Schweden gegen die Reduktion einer binär strukturierten Erzählung über das 20. Jahrhundert zwischen „Höllenstein“ (Ian Kershaw) oder demokratischer Verheißung. Vielmehr plädiert er für ambivalente Urteile und mit Foucault für Konzepte der „Normalisierung“, nach denen Regime der Sicherheit die Grenzen des Normalen zwischen Herrschenden und Beherrschten auszutariieren und empirisch begründete Lösungen in einer „vernünftigen“ Gesellschaft zu finden versuchen.

Die im ersten Teil unseres Buchs vorgestellten Typologien analysieren das Spannungsfeld von Gleichheitsangeboten und Exklusionsmechanismen aus drei unterschiedlichen Perspektiven. Im zweiten Teil werden am Beispiel der Weimarer Republik, der deutschen Nachkriegsstaaten, Spaniens, Schwedens und Israels die Wechselwirkungen zwischen Volkssouveränität, Exklusions- und Inklusionsmechanismen und nationalistischen Legitimationsstrategien unter unterschiedlichen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen vorgestellt.

Christian Jansen untersucht in seinem Vergleich zwischen dem deutschen und französischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts die den Begriffen Nation und Demokratie inhärenten Versprechen von Partizipation und Gleichheit. Mit der Differenzierung von subjektiv-politischen und „objektiven“ Kriterien von nationaler Zugehörigkeit lassen sich die unterschiedlichen Nationsbildungen in beiden Ländern idealtypisch einander gegenüberstellen. Welche strukturellen Voraussetzungen und historischen Kontingenzen diesen unterschiedlichen Entwicklungen zugrunde liegen und wie sich dies bis 1914 auswirkte, analysiert dieser Beitrag. Er wendet sich auch gegen allzu glatte Vorstellungen in der älteren Forschung, ein harmloser,

liberaler Frühnationalismus, der auch als Patriotismus bezeichnet wird, habe sich im Kontext der Demokratisierung und „Nationalisierung der Massen“ (George E. Mosse) in einen aggressiv, xenophoben, antisemitischen „integralen“ Nationalismus verwandelt. Vielmehr betont *Jansen* die Ambivalenz *jedes* Nationalismus.

Daran schließt der Beitrag von *Mathias Waechter* ergänzend an. Er untersucht die Auswirkungen des spezifischen französischen Nationalismus auf den Kolonialismus und das Verhältnis zwischen Mutterland und den Kolonien. Zwar sollten die republikanischen Werte auch in den Kolonien gelten. Aber das mit dem Republikanismus verbundene Versprechen staatsbürgerlicher Gleichstellung blieb den Bewohnern der Kolonien verwehrt. Während der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg formierte sich im Widerstand unter der Führung de Gaulles ein „synthetischer Nationalismus“, der auf alle Versatzstücke des Heroismus in der französischen Geschichte zurückgriff und die Fortsetzung der zivilisatorischen Mission Frankreichs in den Kolonien proklamierte. Mit der Unabhängigkeit Algeriens, so die Schlussfolgerung *Waechters*, scheiterte der republikanische Kolonialismus endgültig. Sein inhärenter Widerspruch, nämlich die Propagierung eines universellen Republikanismus und der Gleichheit aller auf der einen und der Unterdrückung und des Ausschlusses der Kolonialiserten auf der anderen Seite, speiste den Widerstand gegen die französische Herren in allen Kolonien. Die kolonialistische Ungleichbehandlung setzt sich im nachkolonialen Frankreich fort durch die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Diskriminierung der eingewanderten ehemals Kolonialiserten. Hier erweisen sich die Gleichheitsversprechen der französischen Revolution und des Republikanismus als bis heute uneingelöst.

Im Gegensatz zu dem in Frankreich geltenden „*ius soli*“, der an das Territorium gebundenen Staatsangehörigkeit, und einem im 20. Jahrhundert ausgeprägten demokratisch-republikanischen Nationalismus hatte die deutsche Entwicklung andere Voraussetzung und vollzog sich oft im bewussten Gegensatz zu Frankreich. *Jansen* verweist im zweiten Teil seines Beitrags zur deutschen Entwicklung seit dem 18. Jahrhundert auf eine auf den Volksbegriff fokussierte nationale Zugehörigkeit hin. Ihre Grundlage war die ethnische Fundierung der Nation. Dieses auf „Volk“ und „Kultur“ beruhende Konstrukt bereitete im 19. Jahrhundert den Weg für einen Nationalismus, bestehend aus revolutionären, demokratischen, antisemitischen und deutschtümelnden Elementen, die zu aggressiver Abwehr gegen Frankreich und zur Exklusion der als „anders“ definierten Minderheiten, besonders der Juden, führten.

Demokratisch-republikanische Strömungen, die einen politischen Nationsbegriff vertraten, blieben in der Minderheit.

Daran anschließend thematisiert Siegfried Weichlein die Sozialdemokratie nach 1918 und den Nationalismus innerhalb der demokratischen Linken in der Weimarer Republik. Am Beginn des Ersten Weltkriegs übernahmen nicht allein die deutschen Sozialdemokraten ein nationalistisches Weltbild. Am revolutionären Internationalismus hielten lediglich die sich abspaltenden Unabhängigen fest, während die Mehrheitssozialdemokraten mehr und mehr Regierungsverantwortung beanspruchten, die sie dann in der Novemberrevolution auch offiziell übernahmen. Als wichtigste Regierungspartei im Reich (und vielleicht wichtiger noch: in Preußen) identifizierten sich die Sozialdemokraten nun (wie 50 Jahre zuvor die Liberalen) mit dem deutschen Nationalstaat, den sie sozialer und demokratischer machten. Die Verbindung von Sozialismus, Demokratie und Nationalismus war eine der großen Debatten in der Partei, die Weichlein auf den drei Ebenen „Parteibasis“, Regierungsmitglieder und „Parteiintellektuelle“ exemplarisch nachzeichnet und analysiert. Da das politische Feld des Nationalen überwiegend von der verfassungsfeindlichen Opposition besetzt wurde, versuchten viele Sozialdemokraten mit Konzepten wie der „Volksgemeinschaft“ einen republikanischen Nationalismus dagegen zu stellen. Zur Abwehr der NSDAP und gegen ihre Angriffe auf die sozialdemokratischen „Vaterlandsverräter“ formulierten führende Sozialdemokraten einen dezierten nationalistisch motivierten Widerstand, der für viele von ihnen im Dritten Reich Verfolgung und Lebensgefahr bedeutete.

Nach 1945 stand die deutsche Nation grundsätzlich zur Disposition. In den Beiträgen zur Konstituierung Westdeutschlands und der DDR von *Marianne Zepp* und *Jan Palmowski* werden die beiden unterschiedlichen Legitimationsstrategien in beiden deutschen Staaten deutlich.

Auch in dem besetzten und besiegten Westdeutschland wurde der Widerspruch zwischen Nation und Staat nicht gelöst. Ein heroisch aufgeladener Nationalismus war obsolet geworden. Vielmehr griffen die westdeutschen Historiker in ihrer selbstdefinierten Rolle als öffentliche Lehrer des Gemeinwesens auf die Kulturnation als neu zu begründende nationale Gemeinschaft zurück. Im politischen Raum hingegen rief man demokratische Traditionen auf, die mit dem Bezug auf die Revolutionen von 1848 durch die Entscheidung für bestimmte staatliche Symbole wie die Flagge Gleichheit und Teilhabe versprochen. Der Staatsaufbau folgte dem – gebrochenen – Beispiel der Weimarer Republik und war geleitet von den Vorgaben

und dem Vorbild der westlichen, besonders der US-amerikanischen Besatzer. Das Volk blieb als Begriff, der diese Gemeinschaft begründete, allerdings erhalten, Exklusion und Inklusion wurden entlang dieser ethnisch definierten Zugehörigkeit begründet. Die durch die Kriegsfolgen geschaffene, nun durch einen (ethnischen) Volksbegriff definierte Opfergemeinschaft stellte das Pathos des eigenen Leidens in den Mittelpunkt. Sie verzögerte die Auseinandersetzung mit der persönlichen und nationalen Schuld in der unmittelbaren Nachkriegszeit. In den Jahrzehnten, die folgten, wuchs die Skepsis gegenüber Nationalismus, und die Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit der deutschen Nation wurde zum Indikator für den Grad der Demokratisierung.

Im Gegensatz dazu betonte die DDR in ihrer Gründungszeit das kulturelle Erbe, mit dem Anspruch, einen Neubeginn als besseres Deutschland durch den Sozialismus zu begründen. *Palmowski* arbeitet in seinem Beitrag das Spannungsfeld zwischen revolutionärem Internationalismus und nationalem Staatsaufbau heraus, das bereits die Linke in der Weimarer Republik gekennzeichnet hatte. Die Umdeutung der deutschen Geschichte im Sinne des Klassenkampfes begleitete die DDR auf allen Ebenen, während sie ihre nationale Identität in Abgrenzung zu dem Weststaat betonte. Internationale Solidarität wurde durch Großveranstaltungen zelebriert und war, neben wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Fortschritt, Indikator für den Erfolg des östlichen Deutschland. Erst nach dem Ende der DDR wurde deutlich, dass die unterschiedlichen Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands ihre Spuren hinterlassen hatten und beide Bevölkerungen von unterschiedlichen Vorstellungen und Bezügen zur Nation ausgingen. Der bald vom demokratischen „Wir sind das Volk“ zum nationalistischen „Wir sind *ein* Volk“ abgewandelte Ruf verweist einerseits bereits auf die Erwartungen an einen erstarkten Nationalstaat und drückte andererseits die unaufgearbeiteten völkischen Vorstellungen aus, die in den folgenden Jahrzehnten ihre Virulenz zeigten.

Für den Nationalismus im 21. Jahrhundert unterscheidet *Gideon Botsch* in seiner hier erstmals publizierten Typologie vier Formen, die er auf ihre Demokratiefähigkeit hin untersucht. Am Anfang seiner Ausführungen steht der Befund, dass die Berufung auf die Nation als ein interessengeleiteter Patriotismus einerseits und als ein neuer Populismus andererseits wieder an Einfluss gewinnt. Zugleich stellt die historische und kulturwissenschaftliche Forschung inzwischen ein differenziertes Bild der ideologischen Grundierung von Nationalismus zur Verfügung. So wurde im Prozess neuerer Nationalstaatsgründungen um die Jahrtausendwende die Beru-

fung auf Demokratie zu einem entscheidenden Legitimierungsgrund. In ihrer Berufung auf den Volksbegriff, mit dem sie „wahre Demokratie“ begründen, stellen sie in Zeiten von Migration und Globalisierung ein verfängliches Gegenmodell zur Verfügung. *Botsch* bezieht sich mit seiner Typologie auf eine Definition von Nationalismus, die sowohl eine politische Ideologie wie auch eine Praxeologie umfasst. Referenzpunkt dafür ist die Entwicklung des modernen Staats, die in Anlehnung an Habermas in drei Phasen unterteilt wird: prä-nationalstaatlich, nationalstaatlich und post-nationalstaatlich. Dazu gehören drei Typen von Nationalismus: der „konstruktive“, der „reproduktive“ und der „rekonstruktive Nationalismus“. Diese als Idealtypen im Weberschen Sinn unterschiedenen Formen lassen Raum für Kontingenz in den empirisch zu untersuchenden Ausprägungen. Der jüngste, rekonstruktive Typus will die durch Migration und durch die Einflüsse von internationalen Institutionen eingeschränkte Souveränität des Nationalstaates in vollem Umfang wiederherstellen. Das Spannungsfeld zwischen Demokratie und Nationalstaat charakterisiert *Botsch* mit Bezug auf Habermas dadurch, dass sich zwar alle Demokratien nach westlichem Zuschnitt als Nationalstaaten organisiert haben, sich aber viele Nationalstaaten zu autoritären und undemokratischen Regimen entwickelt haben.

Die in einigen europäischen Ländern sich aktuell ausbreitenden autoritären Strömungen berufen sich auf einen mythologisierten Volkswillen, der mit plebiszitären Elementen den bestehenden staatlichen Institutionen und ihren TrägerInnen eine „wahre Demokratie“ entgegensetzen soll. Seine Virulenz zieht der aktuelle Nationalismus aus den Folgen von Migration und den Veränderungen in der Definition von Zugehörigkeit, indem Homogenität „rekonstruiert“ werden soll. Beispiele wie die britische Brexit-Entscheidung, das Orban-Regime in Ungarn oder das Aufkommen der AfD zeugen von dieser Abwehr gegen die als Bedrohung gerahmten sozialen Herausforderungen. Sie zielen auf eine plebiszitär gerechtfertigte ethnonationalistische Grundierung, auf die die Eliten in Europa bisher eher hilflos reagieren.

In seinem Beitrag über die katalanische und die baskische Unabhängigkeitsbewegung und den spanischen Zentralismus untersucht *Thorsten Mense* separatistische Bewegungen, die auf Krisenerscheinungen mit zunehmendem Nationalismus reagieren. Das Mobilisierungs- und Konfliktpotenzial, das sie freisetzen, eignet sich als Beleg für die jedem Nationalismus inhärente Ambivalenz von Emanzipation und Regression und verweist auf die aktuelle Wirkmächtigkeit des Nationalismus als globale Ordnungsidee. Die analysierten katalanischen und baskischen Nationalismen entstanden als Reaktion auf den zentralistischen autoritären Nationalismus

Spaniens und suchten Antworten auf die Herausforderungen von Modernisierung und Industrialisierung. Ihre klassenmässige Ausprägung war die ideologische Antwort auf die unterschiedlichen Entwicklungen in den beiden Nationalitäten. So manifestierte sich in Katalonien der Nationalismus mit kulturalistischen Begründungen durch sozialistische Inhalte und revolutionäre Forderungen als linke Unabhängigkeitsbewegung in der Tradition des Antikolonialismus. *Mense* interpretiert den Übergang von der faschistischen Diktatur in die Demokratie als eine Phase der ideologischen Reorganisation: einerseits endete die politische Repression, andererseits blieben die ökonomischen Verhältnisse als abstraktes Abhängigkeitsverhältnis erhalten. Der periphere Linksnationalismus ethnisierte sich, so dass die Identifikation mit „Volk“, Sprache und Kultur als Widerstand gegen den Zentralstaat und als Antwort auf soziale Ungleichheit und die Komplexität moderner Gesellschaften gesehen wird. *Mense* sieht auch in anderen aktuellen Beispielen des Ethnonationalismus (Balkan, Schottland, Norditalien, Flandern, Süd-Tirol) Reaktionen auf die Krisen des globalen Kapitalismus und den Verlust sozialistischer Traditionen. Auch die mit diesen Bewegungen verbundenen demokratischen Forderungen werden durch den ethnisierten Begriff des „Volkes“ an eine vermeintlich naturgegebene vorpolitische Gemeinschaft gebunden. Das dem Nationalismus inhärente demokratische Gleichheits- und Freiheitsversprechen wird auch in diesem Fall zu Beginn des 21. Jahrhunderts durch die In- und Exklusionsmechanismen entlang völkischer Vorstellungen konterkariert. Die als Ideologie wirksame nationale Identität stellt nach *Mense* die Reaktion auf die globalisierte, das Individuum und kleinere Kollektive entmachtende kapitalistische Ordnung dar. Die Regression in ein angeblich widerspruchsfreies Kollektiv ist die Reaktion auf das Scheitern linker Befreiungsversprechen.

Einer anderen zentralen Problematik geht der Beitrag von *Gabriele Kämpfer* nach: Wie Frauen sich in das Konzept der Nation einschreiben, bzw. wie sie auf die unterschiedlichen kulturellen und gesellschaftlichen Kontexte reagieren und vor allem, wie Frauen sich in die Imaginationen und Mythen, die mit jeder Nationenbildung einhergehen, in Beziehung setzen und setzten. *Dieter Langewiesche* hat in dem Interview am Ende des Bandes die Frage nach der der Nation zugrundeliegenden Geschlechterordnung den Kriegsdienst als Zugehörigkeitsmerkmal gekennzeichnet. Die „Nation in Waffen“ verhinderte für lange Zeit formale Beteiligungsrechte für Frauen. Erst im Zuge gesellschaftlicher Demokratisierung begannen einzelne Frauen und Frauenverbände ihre Rechte durchzusetzen. Am Beispiel der (west)

deutschen Nachkriegslage macht *Zepp* deutlich, wie die politischen Frauenorganisationen in einer spezifischen Situation in der Beharrung auf Geschlechterdualität politische Teilhabe einforderten. Sie knüpften ihre Forderungen an die Frage der Demokratisierung, stellten aber zugleich die völkische Ausrichtung einer deutschen Leidensgemeinschaft nicht in Frage. Die durchgesetzte rechtliche Gleichheitsgarantie korrelierte dann allerdings keineswegs mehr mit der politischen und sozialen Gleichstellung von Frauen in der beginnenden Bundesrepublik.

Diese Ambivalenz von Demokratieversprechen und Nationalismus untersucht *Kämper* anhand aktueller Diskurse, wobei sie die feministische Kritik an Nationalstaat und Nationalismus in den Mittelpunkt stellt. Die – auch feministisch begründete – Hoffnung, durch das Gleichheitsversprechen, das dem Konstrukt des Nationalstaats inhärent ist, Teilhabe einfordern zu können, wird durch die historischen Erfahrungen der in staatliche Macht gegossenen (patriarchalen) Autoritäten konterkariert. Dennoch, so argumentiert *Kämper*, habe der rechtsstaatliche Rahmen, den die deutsche Verfassung gewährleistet, dieser Gleichheitsnorm zur Wirksamkeit verholfen. Die die feministische Bewegung und Theorie seit langem begleitende Dualität zwischen Gleichheit und Differenz wirft das Problem auf, weibliche Lebenswelten und Erfahrungen mit anerkannter kultureller und politischer Repräsentation beider Geschlechter zu vereinbaren. Gleichzeitig führt eine symbolische Geschlechterordnung Zuschreibungen fort, die die Ungleichheit metaphorisch aufladen. Die symbolische Verbindung zwischen Nation und Männlichkeit schufen ein nationales Konstrukt, das dem Weiblichen den Subjektcharakter vorenthielt. Die symbolische Verbindung von Weiblichkeit, Macht und Staat waren in dieser Geschlechterordnung nicht vorgesehen. Feministinnen haben bis in die Gegenwart diesem vor allem von nationalistischen Rechten vertretenen und immer wieder neu belebten Konnex von Männlichkeit und Nation ihre Bemühungen, Frauen in die nationale Geschichte einzuschreiben, entgegengesetzt. *Kämper* illustriert dies am Beispiel Polens, wo Feministinnen nationalistische Parolen aufgreifen, um sich in die polnische Geschichte einzuschreiben und ihre Anliegen zu formulieren. Auch die nationalistische Welle in Deutschland nach der Vereinigung war begleitet von einer sich geschlechterhierarchisch behauptenden neuen Männlichkeit, die besonders unter männlichen Intellektuellen verbreitet war und ist. Dieser dadurch im Imaginären neu aufgerichteten Mauer zwischen den Geschlechtern setzten Frauen geschlechterdemokratische Forderungen und Symbole entgegen.

Thomas Etzemüller analysiert in seinem bereits erwähnten Beitrag Schweden als einen auf Modernität und Sozialverfassung beruhenden demokratischen Staat, der durch die Exklusion von Teilen seiner Bevölkerung gekennzeichnet ist. Spezifisch schwedisch ist ein über die Jahrhunderte herausgebildeter Volksbegriff, der durch starke Elemente von basisdemokratischer Selbstorganisation geprägt ist. Die Lebenspraxis, die sich daraus entwickelte, gründet auf einem durch den Protestantismus motivierten moralischen Imperativ in einem Land, das lange Zeit ethnisch, kulturell und religiös homogen war. Die Modernisierungsprozesse des 20. Jahrhunderts ließen sich damit verbinden, u. a. weil auch die Sozialdemokratie in diesen nationalen Kontext eingebettet war. Zu keiner Zeit war die schwedische Sozialdemokratie von dem Konflikt zwischen Internationalismus und Nationalismus gespalten, wie *Weichlein* das für die deutsche Situation herausgearbeitet hat. Die Sozialstaatsverfassung, die sich in den Krisen des letzten Jahrhunderts bewährte, förderte das Ideal einer „gerechten Gesellschaft“, verbunden mit einem Verantwortungsgefühl für Nation und Gesellschaft. Zugleich war dieser Prozess begleitet von einem rigiden paternalistischen Regime der Auslese und der Eugenik, das von dem Gedanken der „Reinheit“ und der Erbhygiene grundiert wurde. Die damit einhergehenden Exkludierungen, die auch ethnischen Auslesekriterien folgten, gerieten erst am Ende des Jahrhunderts in die Kritik. Die Tradition der Einordnung im Namen einer kollektiven Vernunft, die auf die Zukunft gerichtet, jedem Individuum die Verantwortung für die (Volks-) Gemeinschaft auferlegt, mündete in ein Modell von Selbstregulierung, Verwaltung von unten und Appellen an Mitverantwortung, die ein Gegenmodell zu den Modernisierungsbrüchen anderer Demokratien in Europa bildet.

Israel bietet ebenfalls vielschichtiges historisches Material für die Verbindung von Nationalismus und Demokratie. Es ist zwar aus europäischer Perspektive geographisch peripher, steht aber dennoch in der europäischen Tradition. Das gilt nicht nur für die liberale Verfasstheit der Institutionen, sondern ebenso für den Fundus an Begründungen und Traditionen, die in dem Versuch der Bewältigung der gegenwärtigen Krisen aufgerufen werden, wie *Daniel Mahla* in seinem Beitrag darlegt. Dass die jüdische Nationalstaatsgründung auf dem Territorium Palästinas unter ähnlichen schwierigen Prämissen wie die Staatenbildung in Europa nach 1918 stattfand, nämlich durch kriegerische Auseinandersetzungen und gewaltsame Umsiedlungen⁹, stützt diese Sichtweise noch zusätzlich. Dennoch wäre es verkürzt, Israel als einen

⁹ Vgl. Arendt, Zionismus, S. 130f.

europäischen Außenposten zu sehen. Durch seine wechselhafte Geschichte, die nicht zuletzt durch die Kriege mit seinen Nachbarn geprägt ist, durch immer wieder in Frage gestellte Grenzen, durch jüdische Einwanderung aus anderen arabischen Ländern und durch die religiöse Identität der Mehrzahl seiner Bewohner, die auch die Gesetzgebung beeinflusst, ist die israelische Gesellschaft ein Teil des Nahen Ostens.

Heute changiert die israelische Politik zwischen der ethnonationalistischen Aufladung des Zionismus durch die israelische Rechte und dem Rückgriff auf republikanische Ansätze aus der Zeit vor der Staatsgründung, die die Idee eines binationalen Staates wiederbelebt. Der Widerspruch zwischen liberalen Grundsätzen und der ethnisch-religiösen Begründung der Nation war dem Zionismus von Anfang an eingeschrieben. Die die Besiedlung Palästinas durch hauptsächlich osteuropäische jüdische Auswanderer begleitende Gesellschaftsvorstellung war ein durch die Arbeiterbewegung geprägtes Gleichheitsideal, auch zwischen den Geschlechtern. Obwohl getragen von dem Pathos des europäischen Nationalismus, begleitete auch das Narrativ einer Befreiungsbewegung die Besiedlung Palästinas. Bei der Staatsgründung ging es dann in erster Linie um die Sicherung der jüdischen Mehrheit in Israel. Gewaltenteilung und die Anerkennung staatsbürgerlicher Rechte begründeten die demokratische Verfasstheit des neuen Staates. Dennoch bleibt die Frage nach der Vereinbarung zwischen dem jüdischen Charakter des Staates, seiner ethnonationalistischen Neudefinition sowie liberalen und demokratischen Grundsätzen ungelöst. Die Konflikte entzündeten sich nicht nur an dem Sicherheitsbedürfnis des Landes und seiner Bewohner, sondern auch in der Stellung der nichtjüdischen Israelis. Während die Rechte mit einem Gesetz, das Israel als jüdischen Staat definiert, diesen Konflikt verschärft, entwickeln Oppositionelle wieder – wie in den 20er Jahren – Modelle der Konföderation, durch die die demokratischen Grundrechte für alle Bewohner gestärkt werden sollen. *Mahla* schlussfolgert, dass Israel zwischen nationaethnischen, nationalreligiösen und republikanischen Elementen in einem kaum lösbaren Dilemma gefangen ist, es darin allerdings vielen modernen Demokratien ähnelt.

Als Reaktion auf das Erstarken nationalistischer Strömungen und der AfD plädieren in Deutschland viele für „weltoffenen“ (Jens Spahn¹⁰), „aufgeklärten, demokra-

¹⁰ Z. B. in einem Interview in der taz „Zweifelloos hat es Leid gegeben. Interview mit Jens Spahn“, in: taz, 12./13.9.20, S. 8f.

tischen“ (Frank-Walter Steinmeier¹¹) oder „linken“ (Robert Habeck¹²) Patriotismus und knüpfen an frühere Debatten um Verfassungspatriotismus¹³ an. Weltweit führt eine Konjunktur des ethnischen Nationalismus zu Konflikten, und Populisten erklären immer häufiger nationalen Egoismus zur handlungsleitenden Maxime der Außen- und Handelspolitik. Angesichts dessen ist es erfreulich, dass in den deutschen Debatten die Nation ganz überwiegend als Wertegemeinschaft begriffen wird, die auch Migrant*innen einschließt, die sich zu den gemeinsamen Werten bekennen. Die Beiträge des Bandes versuchen der aktuellen Debatte mehr historische Tiefenschärfe zu geben und mit verschiedenen Fallbeispielen die oft ebenso vollmundigen wie oberflächlichen Überlegungen in dieser Debatte zu problematisieren.

Denn der „weltoffene Patriotismus“ ist nicht so weltoffen, wie er sich in allgemeinen Erklärungen und Wertediskussionen gibt. Die Grenzen der Weltoffenheit jedes auch noch so aufgeklärten und demokratischen Patriotismus verweisen auf die Dialektik von Inklusion und Exklusion, auf das „Doppelgesicht“ jeder Nation und jedes Nationalismus, auch wenn er mit allerlei inklusiven, egalitären und emanzipatorischen Adjektiven als „Patriotismus“ positiv konnotiert werden soll: „Nach außen hingegen grenzt jeder Staat ab. Dies zu tun, ist eine seiner zentralen Aufgaben. Als Rechts- und Sozialgemeinschaft funktioniert er nur, weil er klare Grenzen zieht. Im Nationalstaat kommt hinzu, dass die Idee Nation ebenfalls angelegt ist auf Inklusion und Exklusion“, sagt Dieter Langewiesche in dem Interview zur Zukunft der Nation, das unser Buch abschließt. Von ihm stammt auch die nüchterne Feststellung: „Wer Nationalismus sagt, meint die dunkle Seite. Wer das helle Gegenbild als Vorbild und Entwicklungsziel leuchten lassen will, spricht von *Nation*, *Vaterland*, *Patriotismus*. Die Ergebnisse historischer Forschung sperren sich jedoch – eindeutig, meine ich – gegen eine solche hoffnungsfrohe Zweiteilung“.¹⁴

Insofern bleibt festzuhalten: *Wording* – also ob man von Nationalismus oder Patriotismus spricht – löst nicht das Dilemma, dass die Partizipation, Solidarität und Sicherheit, die der Nationalstaat verspricht, nur für eine klar abgegrenzte Gruppe von Menschen gelten kann. Die Grenzen nach innen sind im Sinne des demokra-

¹¹ So beispielsweise in seiner Rede zum 8. Mai 2020.

¹² Habeck, Patriotismus.

¹³ Sternberger, Verfassungspatriotismus; Habermas, Staatsbürgerschaft.

¹⁴ Langewiesche, Nationalismus, S. 16 f.

tischen Gleichheitsgrundsatzes sowie politischer (und nicht ethnischer, rassischer oder kultureller) Zugehörigkeitskriterien so verschoben worden, dass nur noch sehr wenige ausgeschlossen werden, die Grenzen nach außen hingegen wurden undurchlässiger, je attraktiver Deutschland in den letzten 70 Jahren geworden ist und je größer sein Ansehen in der Welt wurde.

Der Band entstand während einer der schwersten Krisen unserer Zeit. Die soziale Verfasstheit und die damit verbundenen Sicherheitssysteme der Staaten, das Handeln einzelner Politiker*innen im nationalen Kontext wurden angesichts der Pandemie zu Überlebenschancen für viele Bürger*innen. Die Grenzen in Europa schlossen sich, einzelne Länder, unter ihnen auch das deutsche Auswärtige Amt, holten „ihre“ Staatsangehörigen nach Hause. Der Staat als Garant für das Leben seiner Angehörigen rückt wieder ins Blickfeld.

Zugleich wird deutlich, dass das Ausmaß dieser Krise supranationale Zusammenarbeit erfordert. Der Austausch von Forschungsergebnissen zur Bekämpfung der Seuche, die Garantie der gerechten Verteilung von Heilmitteln stellen neue Herausforderungen für internationale Kooperation dar. Mit der Erkenntnis, wie ungleich Ressourcen weltweit verteilt sind, wächst auch die Forderung nach gerechter Regulierung angesichts einer Katastrophe, die alle betrifft.

Nach den Zerstörungen durch den Holocaust und des Zweiten Weltkriegs wurde die Errichtung von Institutionen zur Friedenssicherung vorangetrieben. Die Gründung der Europäischen Union sollte nicht zuletzt dazu dienen, das Aggressionspotential der Nationalstaaten zu begrenzen und einzudämmen. Das Konfliktpotential beispielsweise durch eine gemeinsame Finanzpolitik, gemeinsame Sozialstandards, eine gemeinsame Gerichtsbarkeit weiter einzudämmen, ist die gegenwärtige Aufgabe der europäischen Institutionen, der sich aber in vielen Ländern einflussreiche Nationalisten entgegenstemmen.

Es wäre deshalb verfrüht, mit einer emphatischen Hinwendung zu Europa, das an den hier beschriebenen Länderbeispielen und Typologien aufgezeigte Dilemma zwischen Demokratisierung, Exklusion und Inklusion als gelöst zu betrachten. Es kann nur gelindert werden durch die verbindliche Festlegung auf demokratische Werte, die die Basis des politischen Zusammenhalts bilden müssen, durch den Verzicht auf rücksichtslose Durchsetzung eigener Interessen nach außen und den Ausbau und die Stärkung internationaler Institutionen.

Literatur

- Hannah Arendt, Der Zionismus aus heutiger Sicht, in: Hannah Arendt, Sechs Essays. Die verborgene Tradition. Kritische Gesamtausgabe Bd. 3. Göttingen ²2019.
- Robert Habeck, Patriotismus. Ein linkes Plädoyer. Gütersloh 2010.
- Jürgen Habermas, Staatsbürgerschaft und nationale Identität, in: ders., Faktizität und Geltung. Frankfurt/M. 1992, S. 632–660.
- Eric Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt/M. ¹1992.
- Christian Jansen, Henning Borggräfe, Nation, Nationalität, Nationalismus. Frankfurt/M. ²2020.
- Dieter Langewiesche, Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert: zwischen Partizipation und Aggression. Bonn 1994.
- Dieter Langewiesche, Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne. München 2019.
- Jan-Werner Müller, Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert. Berlin 2013.
- Dolf Sternberger, Verfassungspatriotismus. Frankfurt/M. 1990.
- Hans-Ulrich Wehler, Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen. München 2001.

I. Nationalismus und Demokratie: Typologie und Grenzen der Inklusion

Demokratie und Nationalismus: Die deutsche und französische Konstellation bis 1914¹

Christian Jansen

Die Frage, die in diesem Band aus verschiedenen historischen und systematischen Perspektiven diskutiert wird, ob und vor allem wie demokratische Prinzipien und Nationalismus vereinbar sind, ist seit der Erfindung des Nationalismus im späten 18. Jahrhundert² – sehr unterschiedlich beantwortet worden, abhängig von der politischen Haltung derjenigen, die sich damit beschäftigt haben. Ein entscheidender Faktor war und ist, was unter Demokratie verstanden wird und wie weit das Gleichheitspostulat reichen soll. „Demokratie“ lässt sich zudem ideengeschichtlich sehr verschieden ableiten: aus der antiken Polis, aus den Ideen von 1789 oder aus christlichen Grundsätzen (wie der Gottesebenbildlichkeit). Sollen nur wirtschaftlich Selbständige, nur Männer, alle Angehörigen eines Volkes („Volksgemeinschaft“), alle Staatsbürger:innen, alle Bewohner:innen des Landes gleichberechtigt und wahlberechtigt sein? Welche Alters- oder andere Beschränkungen (z. B. für Insass:innen von Gefängnissen oder der Psychiatrie) sollen gelten? Eine weitere Differenz, die ich noch genauer anhand zweier historischer Beispiele diskutiere, ist das Verständnis von „Nation“. Auch hier gab (und gibt) es sehr unterschiedliche Kriterien der Zugehörigkeit (Inklusion und Exklusion) und der Zugänglichkeit, vor allem für Migrant:innen und nationale Minderheiten.

Der Begriff „Nation“ leitet sich von lateinisch *natio* ab, was „Abstammung“ oder „Geburtsort“, aber auch „Volksstamm“ bedeutete. Als Bezeichnung für eine

¹ Ich danke Henning Borggräfe für seine Kommentare und Hinweise.

² Wenn hier von „Nationalismus“ die Rede ist, sind immer dessen moderne Ausprägungen gemeint, die sich grundlegend von Vorläufern in der Vormoderne unterscheiden. Vgl. grundlegend: Planert, Wann beginnt ...?

Gemeinschaft in einem bestimmten Territorium lässt sich der Begriff erstmals im 14. Jahrhundert nachweisen. Seit dem 18. Jahrhundert, spätestens seit der Französischen Revolution wird „Nation“ im modernen politischen Sinn definiert. Der Begriff der „Nationalität“ entstand nach der Revolution Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich. Er bezeichnet die Zugehörigkeit eines Menschen zu einer Nation.³

Das politische Konzept der Nation und der Nationalität kann als einer der vielen Versuche begriffen werden, die Komplexität des modernen Lebens zu strukturieren, um es bewältigen und Entscheidungen treffen zu können. Das Konzept der Nation hilft, die schier unüberschaubare Vielzahl von Menschen, denen sich der Einzelne real oder virtuell gegenübersteht, zu strukturieren. Es definiert einen Teil jener unüberschaubaren Masse als „Wir“ und den Rest als „Fremde“. Es geht also beim Nationalismus und bei jeder Definition von Nation/Nationalität um Einschließung und Ausschließung (Inklusion und Exklusion). Nationalismus reduziert zwar die Komplexität des modernen Lebens, wirft jedoch auch neue Probleme auf: die Konkurrenz und die Konflikte der verschiedenen Nationen, die Grenzziehung zwischen ihnen und die eindeutige Zuordnung jedes Menschen zu einer Nation.⁴

Nationalismus bezeichnet erstens ein Konglomerat politischer Ideen, Gefühle und damit verbundener Symbole, dessen Hauptinhalt ausgeprägtes Nationalbewusstsein, oft übersteigter Nationalstolz ist und das sich zu einer geschlossenen Ideologie fügen kann (aber nicht muss); die Gruppe, auf die sich der Nationalismus bezieht, wird als Nation oder Volk bezeichnet. Zweitens bezeichnet Nationalismus politische Bewegungen, die diese Ideen tragen. Für eine erste definitorische Annäherung an Nationalismus als Ideologie⁵ lassen sich drei zentrale Komponenten benennen: erstens die axiomatische Behauptung der Existenz der „Nation“ oder des „Volkes“ als handelndes Subjekt der Geschichte;⁶ zweitens die Festlegung exklusiver

³ Außerdem bezeichnet „Nationalität“ auch eine nationale Minderheit ohne Nationalstaat bzw. eine nationale Minderheit, die außerhalb „ihres“ Nationalstaates lebt. Diese Thematik wird hier aber nicht behandelt.

⁴ Mischbevölkerungen in Grenzgebieten, deren regionale Identitäten wie Elsässer oder Schlesier und doppelte Staatsbürgerschaften sind Nationalisten ein Graus.

⁵ Zur Definition vgl. ausführlicher Jansen/Stamm-Kuhlmann, Nationalismus.

⁶ „Nation“ und „Volk“ wurden von den nationalistischen Akteuren im 19. Jahrhundert weitgehend synonym verwandt. Wie die „Nation“, so bezeichnet auch das „Volk“ keine natürliche Einheit, sondern eine nach unterschiedlichsten Kriterien konstruierte Gemeinschaft.

Zugehörigkeit jedes Menschen zu einer Nation; sowie drittens die Stilisierung der Nation zu einem hohen sittlich-moralischen Wert, vielfach (insbesondere in Kriegen) sogar zur wichtigsten Richtschnur menschlichen Handelns.

Im 19. Jahrhundert breitete sich – zunächst in den bürgerlichen Schichten Europas und Nord- sowie Südamerikas, dann in großen Teilen der Bevölkerungen – nationalistisches Denken aus. Dieser Prozess setzte sich im 20. Jahrhundert weltweit fort, so dass Nationalismen neben Religionen die wichtigsten Faktoren wurden, die das politische Denken und Handeln in modernen Massen- und Mediengesellschaften bestimm(t)en. Nationalismus, die daraus abgeleiteten Überlegenheitsgefühle, territoriale und Herrschaftsansprüche waren und sind eine wichtige Triebkraft für zwischenstaatliche Kriege, Bürgerkriege und vielerlei Alltagskonflikte. Nationalismus hat aber auch zahllose Menschen zu politischem und gesellschaftlichem Engagement, zu Widerstand gegen Unterdrückung und Kolonialismus motiviert und zu Höchstleistungen auf den unterschiedlichsten Gebieten angespornt. Trotz der durch Nationalismus ausgelösten Kriege, gesellschaftlichen Diskriminierungen usw. ist er noch immer für viele Menschen attraktiv: Er vermittelt ein Gefühl von Zugehörigkeit und verspricht Schutz in Krisen, Gleichheit in der Gemeinschaft der Nation – und als Teil eines größeren Ganzen Teilhabe an Macht. Die zentrale Gemeinsamkeit von Nationalismus und Demokratie besteht darin, dass beide Gleichheit und politische Partizipation verheißen.

Anfangs versuchten die Herrscher die Ausbreitung des Nationalismus zu unterdrücken. Früh entstand auch eine Gegenbewegung, die das nationalistische Denken kritisierte wegen seiner negativen Begleiterscheinungen, wegen der mit ihm verbundenen Hybris, wegen des Verstoßes gegen das Gleichheitspostulat, da die Angehörigen der eigenen Nation als höherwertig betrachtet wurden als andere. Neben christlicher (vor allem katholischer) und humanistischer Nationalismuskritik war der Internationalismus der frühen Arbeiterbewegung politisch am relevantesten, erlitt aber am Beginn des Ersten Weltkriegs spektakulär Schiffbruch – ebenso wie alle anderen pazifistischen Strömungen und die Versuche, den Krieg völkerrechtlich einzuhegen (Haager Konferenzen etc.).

Was ist eine Nation?

Politische vs. ethnische Definitionen

„Eine Nation ist eine Gruppe von Menschen, die durch einen gemeinsamen Irrtum hinsichtlich ihrer Abstammung und eine gemeinsame Abneigung gegen ihre Nachbarn geeint ist.“

(Karl W. Deutsch⁷)

Unter den zahllosen politischen und theoretischen Definitionen, was eine Nation sei bzw. worin die Nationalität eines Individuums bestehe, lassen sich zwei Hauptrichtungen unterscheiden: 1. subjektiv-politische und 2. objektiv-ethnische („kulturelle“) Definitionen.

1. Den Definitionen eines „subjektiven“ Nationsbegriffs zufolge sind Nationen große Kollektive, die auf einem grundlegenden Konsens ihrer Mitglieder beruhen. Die Nation basiert also einzig auf der inneren und freiwilligen Überzeugung ihrer Mitglieder, dass sie zusammengehören (wollen). Diese Konzeption der Nation geht auf die Zeit der Französischen Revolution zurück. So hat Abbé Sieyès in seinem berühmten Traktat *Was ist der dritte Stand?* die Nation definiert als „eine Gesamtheit von vereinigten Individuen, die unter einem gemeinsamen Gesetz stehen und durch dieselbe gesetzgebende Versammlung vertreten sind“⁸. Der französische Religionswissenschaftler Ernest Renan ging 1882 – nach dem verlorenen Krieg von 1870/71 – entschieden weiter und hat die immer wieder zitierte subjektive Definition geprägt, die Nation sei ein „tägliches Plebiszit“. Der nationale Zusammenhalt beruht also für die Vertreter subjektiv-politischer Definitionen nicht auf objektiven Bedingungen, sondern auf immer wieder getroffenen freien Entscheidungen derjenigen, die sich zu einer Nation zählen.⁹ Zu den Bedingungen der Möglichkeit und insbesondere der politischen Verwirklichung einer solchen Definition gehören die Idee der Volkssouveränität sowie eine revolutionäre Situation oder ein Rechtsstaat, der liberale Grund- und Bürgerrechte, insb. Meinungs- und Pressefreiheit, garantiert. Subjektive Definitionen machen den Eintritt in eine Nation (und ebenso den Austritt, von dem selten die

⁷ Deutsch, *Nationalismus*, S. 16.

⁸ Sieyès *Was ist der dritte Stand?* S. 40.

⁹ Renan, *Was ist eine Nation?*

Rede ist) leicht, handelt es sich bei der Zugehörigkeit zu einer Nation doch um einen Willensakt. Daraus ergibt sich auch, dass Menschen, die nach ethnischen, sprachlichen und ähnlichen Kriterien zur Nation gehören, aus ihr ausgegrenzt und als Feinde betrachtet werden können, wenn sie die gemeinsamen politischen Werte nicht teilen, z. B. die Opfer der *terreurs* unter der Jakobinerherrschaft in Frankreich 1793/94.

2. Anders als die subjektiv-politischen sehen die Definitionen nach „objektiven“ Kriterien jede Nation durch bestimmte „Tatsachen“ abgegrenzt, die willentlich nicht zu ändern sind. Zugleich seien alle Menschen jeweils nur einer Nation eindeutig zuzuordnen. Diese Definitionen werden auch als „substanzialistisch“ bezeichnet. Als Zugehörigkeitskriterien werden in den unterschiedlichen objektiven Definitionen sehr verschiedene Eigenschaften herangezogen: gemeinsame Sprache, Kultur, Tradition, Geschichte, gemeinsames Territorium, die Landesnatur, „angeborene“ geistige oder psychische Eigenschaften, die als „Volksgeist“, „Volkstum“ oder „Volkscharakter“ bezeichnet werden. Eine extreme Form der objektiv-substanzialistischen Definitionen ist die rassische (meistens zugleich rassistische) Bestimmung der Nation über gemeinsame Abstammung und Blutsverwandtschaft. Schon diese Aufzählung derjenigen „Tatsachen“, die Menschen nach Ansicht der Vertreter objektiver Definitionen mit anderen zu einer Nation verbinden und vom Rest der Menschheit unterscheiden sollen, lässt erkennen, dass das Spektrum der substanzialistischen Nationsbegriffe politisch sehr breit ist: Es reicht von marxistischen Ansätzen auf der Linken (z. B. Stalins „Der Marxismus und die nationale Frage“ von 1913) über liberale und konservative Vorstellungen bis hin zu völkisch-rassistischen auf der äußersten Rechten.

In Deutschland gab es strukturelle Gründe, auf die ich noch eingehe, warum der politische Begriff der Nation und die damit einhergehende subjektive Definition der Nationalität wenig Resonanz fanden. Es ist anzunehmen, dass beide im demokratisch-republikanischen Lager des 19. Jahrhunderts, also unter Revolutionären, die sich am französischen Modell orientierten, vorkamen. Aber ein politischer Nationsbegriff blieb im deutschen Diskurs bis weit ins 20. Jahrhundert hinein marginal¹⁰ – mit weitreichenden politischen Folgen.

¹⁰ Eine Ausnahme war der württembergische Politiker und Statistiker Gustav Rümelin, dessen Nationsbegriff zwischen subjektiven und objektiven Kriterien changierte (Rümelin, Begriff des Volkes (1872), S. 102, zit. nach Weichlein, Nationalismus und Nationalbewegung, S. 22f.).

Idealtypisch lassen sich deshalb ein französischer und ein deutscher Entwicklungspfad einander gegenüberstellen.¹¹

Eine für die Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und Nationalismus interessante Variante der subjektiven Definition bildet das Konzept der Personalautonomie. Die österreichischen Sozialdemokraten Karl Renner und Otto Bauer schlugen vor dem Ersten Weltkrieg vor, dass jeder Staatsbürger sich frei einer Nationalität zuordnen und entsprechend in ein öffentliches Register („Nationalkataster“) eintragen sollte. Damit wollten sie einen Weg eröffnen, um die Gegensätze zwischen unterschiedlichen Nationalismen im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn demokratisch und friedlich zu lösen. Auch ein Wechsel der Nationalität war möglich. In national gemischten Gebieten standen jeder Nation so viele Abgeordnete zu, wie es ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprach. Die registrierten Angehörigen jeder Nation wählten dann ihre jeweiligen Abgeordneten getrennt voneinander. In Mähren wurde dieses Prinzip seit 1905 bei den Landtagswahlen angewendet, 1909 auch in der Bukowina und 1914 in Galizien.¹²

Die historische Analyse des europäischen Nationalismus bewegte sich bis in die 1980er Jahre fast ausschließlich zwischen diesen Polen subjektiver bzw. objektiver Kriterien der Nationszugehörigkeit. Wo sich welche Definition durchsetzte, wurde in der Regel historisch erklärt mit den unterschiedlichen Verläufen der Nationsbildung in Westeuropa einerseits und in Mittel- und Osteuropa andererseits. Dabei wurde (idealtypisch) davon ausgegangen, dass in Westeuropa konsolidierte Territorialstaaten sich in Nationalstaaten verwandelten (das klassische Beispiel war Frankreich), während in Mittel- und Osteuropa die Nationen vor den Nationalstaaten existierten und sich ihr Territorium erst (gewaltsam) erobern mussten.

In der deutschen Diskussion war in diesem Zusammenhang Friedrich Meineckes Begriffsbildung einflussreich. Er unterschied „Staatsnationen“, in denen sich

¹¹ Wegen der zahlreichen Verflechtungen und Wechselwirkungen zwischen den politischen Diskursen und Entwicklungen in beiden Ländern kam es auch immer wieder zu wechselseitigen Beeinflussungen. So hatte der Psychologieprofessor Moritz Lazarus 1879 einen Essay „Was heißt national?“ publiziert, über den er mit Ernest Renan korrespondierte. Lazarus behauptete, Renans Rede von 1882 basiere auf seinem Essay. Jedenfalls hatte er wesentliche Elemente von Lazarus übernommen, ohne ihn jedoch zu erwähnen oder auf dessen Text zu verweisen (Weichlein, Stationen, S. 84f.).

¹² Kann, Nationalitätenproblem, Bd. I, S. 162–182, 199–201 und 331–335; Leiß, Untergang, S. 319ff.; Bauer, Nationalitätenfrage, S. 353ff. und 357ff.

ein Territorialstaat die nationalistische Ideologie zu eigen machte, von „Kulturnationen“, in denen die (kulturelle) Nationsbildung der Nationalstaatsgründung vorausging.¹³ Die „Staatsnation“ als politisches Projekt entspricht dem subjektiven Nationskonzept, während im anderen Fall das „objektive“ Kriterium „Kultur“ die Grundlage der Nation bildet. Meineckes Begriffe finden sich bis heute in wissenschaftlicher Literatur und in der Publizistik, obwohl sie in hohem Maße ideologisch sind, weil in ihnen die (nationalistische) Idee einer Überlegenheit deutscher „Kultur“ über westliche „Zivilisation“ steckt. Das analytische Potenzial der Konzepte „Staats-“ bzw. „Kulturnationen“ geht nicht über die Unterscheidung von subjektiv-politischen und objektiv-ethnischen Definitionen hinaus, so dass Meineckes Begriffe angesichts ihres ideologischen Ballasts entbehrlich sind.

Auch für meine Argumentation ist jedoch die idealtypische Gegenüberstellung der französischen und der deutschen Entwicklung und Debatten um Nationalismus und Demokratie hilfreich.

Der französische Entwicklungspfad

Im 18. Jahrhundert stellten die Verbreitung rationaler Paradigmen und kritischen Denkens sowie die Entstehung einer rasonierenden Öffentlichkeit, deren Träger immer häufiger aus dem Bürgertum kamen, den herrschenden Absolutismus wie die traditionelle Kirchlichkeit in Frage. Diese geistige Bewegung der Aufklärung strahlte von Frankreich auf ganz Europa aus. Mit ihrem Appell, das eigene Leben und Denken selbst zu bestimmen und sich nicht auf Konventionen oder Traditionen zu verlassen, trug die Aufklärung maßgeblich zur Emanzipation des Bürgertums bei. Das bürgerliche Zeitalter brachte dann u. a. den Durchbruch von Nationalismus, Liberalismus und demokratischen Ideen. Da der Nationalismus im 18. und frühen 19. Jahrhundert, also *vor* Beginn der Industrialisierung auf dem europäischen Festland, entstanden ist, gehören zwar die bürgerliche Öffentlichkeit und neuzeitliche Kommunikationsmöglichkeiten (Buchdruck, Verlage und Distribution für Pamphlete, Zeitschriften und Zeitungen) und die Ideen der Aufklärung zu den

¹³ Meinecke, Weltbürgertum und Nationalstaat. Zum Beitrag Meineckes zur (west)deutschen Nationsbildung nach der „deutschen Katastrophe“ vgl. den Beitrag von Marianne Zepp in diesem Band.

notwendigen Voraussetzungen für die Entstehung von Nationalismus und für die Nationsbildung, nicht jedoch der industrielle Kapitalismus.

Die beiden wichtigsten Wegbereiter des französischen Nationalismus und seiner Affinität zu demokratischem Gedankengut waren der Schweizer Jean Jacques Rousseau und der Generalvikar der Diözese Chartres, Emmanuel Sieyès. Rousseau schuf mit seinem Buch *Der Gesellschaftsvertrag* (*Le contrat social*, 1756) und der darin konzipierten *volonté générale* (etwa: allgemeiner Wille) die einflussreichste philosophische Grundlegung für die subjektive Konzeption der Nation. Rousseaus Schriften, die entscheidend zur Verbreitung einer neuen, sowohl demokratischen als auch nationalistischen Herrschaftslegitimation und damit zum Sturz des Absolutismus beigetragen haben, sind politisch höchst ambivalent: Rousseaus Vorstellungen waren nur innerhalb des Bürgertums egalitär und demokratisch. Nicht jeder Einwohner sollte das Bürgerrecht erhalten und mitbestimmen können. Rousseau befürwortete die Sklaverei und propagierte einen männlich-militärischen Körperkult für den wehrhaften Bürger wie später im deutschen Raum „Turnvater“ Jahn.¹⁴

Im Januar 1789 lieferte dann Abbé Sieyès mit seiner Schrift „Was ist der dritte Stand?“ die entscheidenden Argumente, mit denen sich die Vertreter des bürgerlichen dritten Standes zur *National-Versammlung* erklärten: Die beiden anderen Stände (Adel und Klerus) trügen zum „gesellschaftlichen Fortschritt“ und zum Wohl des Staates nichts Produktives bei. Deshalb bilde der dritte Stand allein „die Nation“ und müsse auch entscheidenden Einfluss auf die politische Ordnung bekommen.¹⁵ Die Selbsterhebung der bürgerlichen Abgeordneten zur Nationalversammlung beim „Ballhaus-Schwur“ am 20. Juni 1789 war die erste symbolische Handlung zur Umgründung Frankreichs in einen Nationalstaat. Ein weiterer, entscheidender Schritt war die am 26. August 1789 von der Nationalversammlung verkündete „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“, die in hohem Maße von den demokratischen Ideen Rousseaus geprägt war. So hieß es in Artikel 3 „Der Ursprung jeder Souveränität liegt in der Nation“ und in Artikel 6 „Das Gesetz ist Ausdruck des allgemeinen Willens“. Diese beiden Erklärungen verdeutlichen die ungeheure politische Umwälzung, die den bürgerlichen Revolutionären dank der revoltierenden Pariser Unterschichten und vieler Bauernaufstände in wenigen Monaten gelungen war: Der Feudalismus war abgeschafft, eine neue Verfassung (kons-

¹⁴ Greenfeld, *Nationalism*, S. 168ff.

¹⁵ Sieyès, *Was ist der Dritte Stand?*, S. 36–40.

titutionelle Monarchie) und ein neues Wahlrecht (Zensuswahlrecht) durchgesetzt worden. Kurzum – der französische Staat wurde auf eine neue, nationalistische Legitimationsbasis gestellt. Die neue Ordnung betonte den Bruch mit allem Früheren: Sie bezog ihre Legitimation allein aus dem Naturrecht, nicht aus der Geschichte oder Tradition, war also konsequent subjektiv und politisch. In der neuen Staatsbürgernation bildeten alle „selbstständigen“ (d. h. männlichen, Steuern zahlenden) Bürger „das Volk“.

Die revolutionäre französische Nation war zunächst friedlich; die Revolutionäre lehnten Kriege als Auswüchse dynastischen Expansionsdrangs grundsätzlich ab. Schon bald jedoch wurde die Gefährdung der revolutionären Errungenschaften zum wichtigsten politischen Thema; bedroht erschienen sie von außen wie von innen. Die Revolutionäre übertrafen sich bald in aggressivem Eifer zur Verteidigung der Nation. Sie erklärten sie zur einzigen Gemeinschaft, der alle Bürger verpflichtet seien und hinter der alle anderen Bindungen (Familie, Freundschaften, Religion oder ständische Loyalitäten) zurücktreten müssten und für die jeder Bürger sein Leben einsetzen müsse. Sie radikalisierten damit den Nationalismus zum Letztwert, hinter dem alle anderen Werte zurücktreten müssten. In den Kriegen, die Frankreich bald gegen die Koalition der antirevolutionären Mächte führen musste, wurde entsprechend eine neue Form der Rekrutierung „erfunden“ – die allgemeine Wehrpflicht: jeder Bürger ein Soldat der Revolution! Auch der moderne Militarismus entstand also in der französischen Revolution.¹⁶ Die neue Bindung an Volk und Nation (wie im deutschen Diskurs wurden beide Begriffe synonym verwendet) sollte ständische oder religiöse Bindungen ersetzen. Dabei wurde die Nation vielfach explizit als „höchstes Wesen“ bezeichnet. In der Tat eignet sich die Nation sehr gut zur religiösen Überhöhung und Sakralisierung, weil sie wie Gott als etwas Abstraktes, „Ewiges“, „Unsterbliches“ begriffen werden kann, während Monarchen sterblich sind.¹⁷ Das Prinzip „Nation“ war 1789 auch deshalb so wirksam und wurde so breit akzeptiert, weil Frankreich noch eine ständische Gesellschaft war. Alle, die nicht zum Adel oder Klerus gehörten (und sogar viele aus diesen vormals privilegierten

¹⁶ Kruse, Bürger und Soldaten. Allerdings gab es eine Vorgeschichte seit der Mitte des 18. Jahrhunderts: Bereits im spanischen Erbfolgekrieg leisteten 300 000, im Siebenjährigen Krieg eine halbe Million Franzosen Wehrdienst. Eine allgemeine Wehrpflicht war nichts Neues, sie wurde nur neu – nationalistisch – begründet.

¹⁷ Greenfeld, Nationalism, S. 167.

Ständen) konnten sich in die „Nation“ einbezogen fühlen. Und die Suggestion der Einheit der Nation überdeckte die starken politischen, ökonomischen und sozialen Gegensätze zwischen Paris und der Provinz, zwischen Bürgern und Bauern, zwischen liberalen und demokratischen Zielvorstellungen, zwischen bürgerlicher und Unterschichtenrevolution.

In der ersten Phase der Revolution schien für Frankreich der „englische“ Weg hin zu einer konstitutionellen Monarchie mit stark eingeschränktem (Zensus)Wahlrecht vorgezeichnet; der König hätte das Oberhaupt der neu erfundenen Nation werden können.¹⁸ Da der Eid Ludwigs XVI. auf die Verfassung jedoch nur ein Lippenbekenntnis war und er mit auswärtigen Mächten konspirierte, kam es 1792 zu einer Radikalisierung: Die Jakobiner mit ihrer demokratischen Rhetorik und ihrem rigiden Tugendkult gewannen immer mehr Einfluss. Sie erklärten alle, die zweifelten oder widersprachen, zu „Feinden des Volkes“. Ihrem Terror fielen bis 1794 mehrere zehntausend Menschen zum Opfer. Der unterschwellige politische Universalismus der Erklärung der Bürger- und Menschenrechte wurde nun nach außen gewendet: Das revolutionäre Frankreich ging von der Verteidigung gegen konterrevolutionäre Invasionen zur „Befreiung“ Europas über, die unter Napoleon 15 Jahre lang andauerte. Die universalistische Befreiungsideologie begleitete eine scharfe, oft hasserfüllte Gegnerschaft zu Großbritannien – 50 Jahre nach der Anglophilie der Aufklärung. Viel stärker als der angelsächsische Nationalismus (sowohl in den USA als auch in Großbritannien), in dessen Mittelpunkt die Befreiung des Individuums stand, war der französische kollektivistisch – nicht der Einzelne, sondern die Nation oder das Volk stand im Zentrum. Damit war der französische Nationalismus seit den späten 1790er Jahren der erste *antiwestliche* (antibritische, antiliberaler) Nationalismus. Schon allein deswegen macht es wenig Sinn, einen westlichen Typus der Nationsbildung zu konstruieren.

Mit dem Sturz Robespierres im Juli 1794 begann eine neue Phase, in der nationalistische Rituale zwar weiter an der Tagesordnung waren, aber an Mobilisierungskraft verloren. Das demokratische (Männer)Wahlrecht wurde erneut durch ein restriktives Zensuswahlrecht ersetzt, die Spaltung der Gesellschaft verschärfte sich. Seitdem Napoleon 1799 Erster Konsul und dann Kaiser (1804) war, wurde Nationalismus zwar wieder stärker zur Herrschaftslegitimation benutzt. Aber das Befreiungspathos trat in den Hintergrund, soziale Integration und Kontrolle stan-

¹⁸ Jenkins, *Nationalism in France*, S. 18ff.